

Nationalismus und Rassismus sind keine Alternativen!



Es geht ein Ruck durch Europa, ein massiver Rechtsruck. Nationalismus und Rassismus sind wieder auf dem Vormarsch und das 71 Jahre nach den unvorstellbarsten Verbrechen, die die Menschheit bisher zustande gebracht hat. Die Mehrheit der Bevölkerung schaut erneut nur zu und lässt die geistigen und realen Brandstifter_innen weiter munter zündeln. Die Liste ist mittlerweile lang geworden: Ob Front National, Ukip, FPÖ, PiS, Jobbik oder in der BRD die AfD, in fast allen europäischen Staaten haben rechte und faschistoide Parteien es geschafft sich zu etablieren und greifen nun nach der politischen Macht. Sie alle eint die nationalistische Idee eines „Europa der Vaterländer“ und der Hass gegenüber allem vermeintlich Fremden. Sie sehnen sich zurück in eine Zeit (die so niemals existiert hat), in der es einfache Lösungen für komplexe Probleme gab. Sie träumen von klassischen Rollen- und Familienbildern, einem christlich geprägten Abendland, Grenzkontrollen, einem autoritären Staat, Massenabschiebungen von Geflüchteten, einer völkischen Leitkultur und dem Ende der EU. Entsetzlicherweise ist dieser Traum in vielen europäischen Staaten nicht mehr weit von der Realität entfernt oder zum Teil sogar schon wahr geworden.

Während die „Neue Rechte“ in Europa seit nun gut einem Jahrzehnt auf dem Vormarsch ist, konnte sich in der BRD erst in den letzten zwei Jahren, in Form der AfD und der Pegida Bewegung dieser Trend durchsetzen. Dafür aber in einer atemberaubenden Geschwindigkeit und mit „Erfolgen“, die nicht für möglich gehalten wurden. In mittlerweile acht Bundesländern sitzt die AfD in den Landesparlamenten – und mit Mecklenburg-Vorpommern und Berlin werden wohl aller Wahrscheinlichkeit nach in diesem Jahr zwei weitere folgen. Die AfD verkauft sich mit immer größerem Erfolg als eine vermeintliche Alternative zu den etablierten Parteien. In den drei Jahren seit ihrer Gründung radikalisierte sich die AfD von einer Europa kritischen Kleinstpartei zur völkischen „APO“ des braunen Mobs und ist nun in den Parlamenten angekommen. Sie machte salonfähig was der NPD, DVU und Thilo Sarrazin immer verwehrt blieb: Rassistische, sexistische, homophobe und nationalistische Diskurse öffentlich ausbreiten zu können und aus der miefigen Ecke der Stammtische hinaus auf die Straße zu tragen und in die Politik einzubringen. Zwar geht noch ein Raunen durch die Gesellschaft, wenn Geflüchtete durch Schusswaffengebrauch an ihren Menschenrechten gehindert werden sollen oder die Hautfarbe etwas über die Begabung als Sportler_in aussagt. Doch mit jedem gut geplanten Tabubruch der AfD werden die politischen Koordinaten weiter nach rechts verschoben. Schon jetzt, ohne politische Mehrheit, hat die AfD viele ihrer Ziele erreicht. Das Asylrecht in der BRD ist mittlerweile de facto abgeschafft. Aus Angst vor dem weiteren Verlust der eigenen Wähler_innenschaft stimmten nicht nur CSU/CDU für die Abschaffung des Asylrechts, nein, auch SPD und Grünen biedern sich bei den „besorgten Bürgern“ an und ermöglichten somit die faktische Aufhebung dieses allgemeinen Menschenrechtes. Mit dem nun kommenden sogenannten „Integrationsgesetz“ des Bundes soll den Geflüchteten, die es über die mörderischen Fluchtrouten bis in die BRD geschafft haben, gezeigt werden, dass sie hier nicht willkommen sind. Statt Integration erwartet sie Bevormundung, Repression und Ausschluss vom öffentlichen Leben. Die CSU möchte natürlich in Bayern noch einen draufsetzen, um auch keine Zweifel aufkommen zu lassen auf welcher Seite sie steht, und hat ein eigenes landesspezifisches „Integrationsgesetz“ für Bayern entworfen. Geplant ist eine „verpflichtende bayerische Leitkultur“ die über Medien, Unternehmen und staatliche pädagogische Einrichtungen verbreitet werden soll. Wer sich nicht an diese Leitkultur hält oder sich ihr gegenüber abfällig zeigt, für die_ den werden Grundrechte außer Kraft gesetzt: Geldbußen bis 50.000 €, Hausdurchsuchungen ohne richterlichen Beschluss, erzwungene Umerziehungskurse oder, um den Gesetzentwurf direkt zu zitieren: „Aufgrund dieses Gesetzes können die Grundrechte auf Freiheit der Person, Versammlungsfreiheit, Unverletzlichkeit der Wohnung und Eigentum ... eingeschränkt werden“ (Art. 18, bay. Integrationsgesetz). Wer als integrationsbedürftig gilt wird anhand der Rassenlehre geregelt: So sollen alle Migrant_innen, (auch diejenigen, die längst die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, aber mindestens einen Eltern- oder Großelternanteil haben, der eingewandert ist) sich der bayrischen Leitkultur unterwerfen. Die AfD freuts, diese Gesetzesvorlagen könnten auch von ihr stammen.

Derweil schürt die AfD munter weiter diffuse Ängste und spielt sich als Partei „des kleinen Mannes“ auf. Dabei zeigt schon ein kurzer Blick in ihr auf dem Bundesprogrammparteitag in Stuttgart beschlossenes Programm, das dies mitnichten der Fall ist. Zwar erlangt die Partei ihre Wahlerfolge hauptsächlich durch die Stimmen der sozial Schwachen, doch an ihrer Spitze steht eine gut situierte bürgerliche Elite. Klassisch neoliberal fördert diese Elite daher einen weiteren Rückzug des Staates aus der öffentlichen Daseinsvorsorge.